

Heart of Darkness

The heart of darkness awaits. It's the unknown place that exists in the wilderness, among the people, inside your mind. As a researcher, you've chosen to venture into this shadowy world to extract its truths. How deep are you willing to go?

The expedition is difficult. You need the best tools.

Sociological Abstracts (SA) and Social Planning/Policy & Development Abstracts (SOPODA) outfit you for this important journey.

Drawing from more than 2,400 journals published in 35 countries, SA and SOPODA present abstracts of articles, books and conference papers. Bibliographic entries will guide you to relevant dissertations and important book and other media reviews. All are expertly classified and indexed for easy access.

SA and SOPODA are available in a variety of media: print, online, the sociofile CD-ROM, and magnetic tape.

Explore the unknown with confidence by using the most timely information directly related to your areas of interest and expertise.

SAI's Web site, located at www.socabs.org, contains searchable subsets, hot topics, the *Note Us* newsletter, and links to other relevant sites and resources.

For more information about our products and services, visit our Web site, or contact us at:



sociological abstracts, inc.

P. O. Box 22206, San Diego, CA 92192-0206

619.695.8803, Fax 619.695.0416

Internet: socio@cerfnet.com

Web site <http://www.socabs.org>

SAI products are available in print; online from Knight-Ridder, DIALOG, OCLC and Ovid; on CD-ROM from SilverPlatter, EBSCO, Ovid and NISC; and on magnetic tape directly from SAI. For more information, contact SOCIOLOGY Abstracts. Phone: 619.695.8803 Fax: 619.695.0416

Walter Rill

Staat, zivile Gesellschaft und Entwicklungszusammenarbeit Neokolonialismus in neuen Gewändern? Über die Moral politischer Konditionalität¹

In der Schlußphase der Verhandlungen für die 11. Wiederauffüllung von IDA (International Development Association) wurde ich im Rahmen meiner Tätigkeit bei der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank) mit dem Begriff der „Zivilen Gesellschaft“ konfrontiert. Zu dieser Zeit konnte ich in den USA eine Diskussion beobachten, die von gegensätzlichen Interessen des Staates auf der einen Seite und der zivilen Gesellschaft auf der anderen Seite auszugehen schien. Die aus diesem Gegensatz zu ziehende Schlußfolgerung war, daß den staatlichen Behörden, dem Staat als Institution zu mißtrauen sei, daß er sich als unfähig erwiesen habe, gesellschaftliche Probleme zu lösen und daß daher die „zivile Gesellschaft“ auftretende Probleme zu lösen habe. Vor diesem Hintergrund war eher ansatzlos der Hinweis auf die „civil society“ völlig diskussions- und kritiklos im Entwurf für den Schlußbericht der IDA-Verhandler aufgetaucht. Nachdem nicht klar war, wie der Begriff überhaupt in den Text hineingekommen ist und welche Konsequenzen sich daraus für die Kreditvergabe von IDA ergeben hätten, und vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Diskussion habe ich den Begriff wieder herausreklamiert, was – wieder sehr überraschend für mich selbst – völlig widerstandslos und ohne weitere Diskussion akzeptiert wurde.

Kurze Zeit danach wurde ich zur Teilnahme an dieser Podiumsdiskussion eingeladen, was für mich willkommener Anlaß war, mich etwas näher mit dem Problemkreis auseinanderzusetzen. Das Folgende sind einige Gedanken, die zum Teil als Reaktion auf das Buch „Staat und zivile Gesellschaft“ (insbesondere auf den Beitrag von W. Schicho „Mythos Zivilgesellschaft: Die ‚Dritte Kolonisierung‘ Afrikas“), aus der damaligen Diskussion sowie aus Anregungen, die ich in der Diskussion mit W. Schicho bei der Überarbeitung dieses Artikels erhalten habe, entstanden.

Die Problembereiche bzw. Fragestellungen, die in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen sind, sind meines Erachtens die folgenden:

- Die grundlegenden Wirtschaftssysteme, die von den beiden Bretton Woods Institutionen Weltbank und Internationaler Währungsfonds als für eine posi-

¹ Basierend auf einem Diskussionsbeitrag im Rahmen eines Workshops mit VertreterInnen staatlicher und nicht-staatlicher Organisationen sowie des Mattersburger Kreises für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Universitäten zum Thema „Staat, zivile Gesellschaft und Entwicklungszusammenarbeit“ am 25. Juni 1996.

- tive wirtschaftliche Entwicklung eines Landes wirkungsvoll angesehen werden, und daher in die Projektentwicklung und -konditionen einfließen;
- das Spannungsfeld, in dem sich diese Institutionen – im wesentlichen abhängig von den Regierungen der Mitgliedsländer – bewegen und der Spielraum, den sie bei ihrer konkreten Arbeit in den Ländern haben;
- die Frage, ob und welchen Zusammenhang es möglicherweise zwischen der ansteigenden Bedeutung der ‚Zivilen Gesellschaft‘ und den neoliberalen Wirtschaftstheorien gibt.

1. Schon acht Jahre nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems in den Ostblockstaaten im Jahre 1989 läßt sich im Rückblick feststellen, daß der Wegfall der großen politischen Gefahr, als die der Kommunismus in weiten Teilen der westlichen Welt empfunden worden war, zu einer gewissen Radikalisierung des Kapitalismus geführt hat. Unter der Überschrift „Der Kapitalismus hat gesiegt“ werden rigoros und manchmal mit nahezu fundamentalistisch wirkender Dogmatik marktwirtschaftliche Grundsätze durchgesetzt, wie es vorher kaum der Fall war. Bis 1989 wurde der Effizienz oder der mangelnden Effizienz des öffentlichen Sektors kaum Aufmerksamkeit geschenkt; in vielen Staaten der traditionellen ‚Dritten Welt‘ konnten sich daher politische Systeme etablieren, die zurecht als Staat mit freibeuterischem Charakter bezeichnet werden können. Demgegenüber wurde in den letzten Jahren der Privatinitiative und Marktmechanismen der Vorrang eingeräumt, vorgeblich wegen der schlechten Erfahrungen in der Vergangenheit. Weiters wird der Rückzug des Staates aus nahezu allen für das Zusammenwirken einer Gesellschaft relevanten Bereichen unter Hinweis auf die enormen Investitionsnotwendigkeiten, die aus öffentlichen Geldern nicht finanziert werden könnten, propagiert und über entsprechende Kreditbedingungen durchzusetzen versucht. Das betrifft durchaus nicht nur verstaatlichte Unternehmungen, sondern auch bisher als traditionelle Staatsaufgaben betrachtete Bereiche, wie z.B. Erziehung, Gesundheitswesen, Infrastruktur usw.

Gleichzeitig wird verstärkt darauf hingewiesen, daß die ‚Zivile Gesellschaft‘ gefördert werden müsse und bisher dem Staat zugeordnete Aufgaben von ihr übernommen werden sollen. Diese Verschiebung der Aufgabenverteilung, verbunden mit dem massiven Rückzug des Staates aus dem Gemeinschaftsleben, führt vordergründig zu einer Vergrößerung des dem Individuum zur Verfügung stehenden Freiraums bzw. zu einer größeren Gestaltungsfreiheit für Organisationen, die die Zivile Gesellschaft verkörpern.

Bei genauerer Untersuchung wird man jedoch feststellen müssen, daß diese Entwicklung zu einer Zersplitterung der in einem Staat lebenden Bevölkerung in einzelne soziale, vielleicht auch ethnische Gruppen führt, die nicht mehr bereit sind, sich im Bedarfsfall gegenseitig zu unterstützen. Der Neoliberalismus bietet dafür die theoretische Grundlage, ohne daß weiter über die Folgen dieser Entwicklung diskutiert wird. Bei der Verfügbarkeit von Dienstleistungen, ob es sich um Wasser, Energie, Telefon, öffentlichen Verkehr und dergleichen handelt,

wird streng auf Kostenwahrheit geachtet; Quersubventionen sind verboten. Im „Idealfall“ kommt jede soziale Gruppe für sich selbst auf, mit dem Effekt, daß sich die Gräben zwischen den ärmeren und den reicheren Schichten immer weiter öffnen. Insbesondere an den regionalen Unterschieden, die es im öffentlichen Schulwesen der USA gibt, dessen Finanzierung im wesentlichen von den lokalen Grundsteuern abhängig ist, kann sehr anschaulich gezeigt werden, welche Probleme dadurch entstehen und welche mittel- und langfristigen Einkommenseffekte sich für die kommenden Generationen in den jeweiligen Schulbezirken ergeben. Überzogen könnte man sagen, daß diese Form der Marktwirtschaft dazu führt, daß die hypothetische Chance, den „American Dream“ zu verwirklichen, sich für jedermann – also auf globaler Ebene und nicht nur in den USA – eröffnet. Ebenso wie ich das Hochhalten der Idee des „American Dream“ für eine bewußte Irreführung der Menschen in den USA halte, würde ich vermuten, daß die verstärkte Diskussion über eine größere Rolle der Zivilgesellschaft, im Gegensatz zu staatlichen Institutionen, bewußt von den Nutznießern des neoliberalen Wirtschaftssystems gefördert wird; unter Berufung auf die Rolle der Zivilgesellschaft können sie sich aus der Verantwortung für die Gemeinschaft der in einem Staat zusammenlebenden Menschen verabschieden. Was übrig bleibt, sind karitative Beiträge, die sie je nach Gutdünken und Wohlverhalten der Empfänger geben oder auch nicht.

Was bedeutet diese Entwicklung für die Bretton Woods Institutionen? Ein grundlegendes Problem ist die Tatsache, daß Entwicklungen auf nationaler Ebene, insbesondere jene am Sitz der Institutionen, nämlich in den USA, nur mit Zeitverzögerung in den internationalen Institutionen zum Tragen kommen. Das bedeutet, daß die politischen Entwicklungen in den USA und Einflußnahmen, die auf die Weltbank vor etwa zehn Jahren ausgeübt wurden, erst jetzt in den Neunziger Jahren zu wirken begonnen haben und noch einige Zeit fortwirken werden, bevor die Einflußnahme der neuen Regierung greifen wird. Ergänzend wäre anzumerken, daß etwas mehr als ein Drittel aller Beschäftigten der Weltbank (sowohl reguläre Angestellte als auch Konsulanten) aus den USA bzw. aus Großbritannien kommt. Die Regierungen in diesen beiden Ländern waren in den Achtziger Jahren die Vorreiter der neoliberalen Wirtschaftspolitik und hatten natürlich ein Interesse daran, daß dort, wo sie ihren Einfluß geltend machen konnten, diese Wirtschaftspolitik auch umgesetzt wurde. Unter diesem Aspekt wären auch die verschiedenen Reorganisationsmaßnahmen zu beleuchten, die von den beiden Vorgängern des jetzigen Weltbankpräsidenten durchgeführt wurden. Der Wegfall der „politischen Notwendigkeiten“ nach 1989 führte dann endgültig dazu, daß – wie oben erwähnt – neoliberale Wirtschaftspolitik kompromißlos durchzusetzen versucht wird.

2. Sowohl die Weltbank als auch die Internationale Entwicklungsgesellschaft (IDA) haben in ihren Satzungen einen Passus, der das Selbstverständnis dieser Institutionen in diesem Zusammenhang formell sehr klar zum Ausdruck bringt: Bei der Vergabe von Krediten haben politische Überlegungen keine Rolle zu

spielen. Mit anderen Worten: Für die Vergabe von Kreditmitteln der Weltbank und der IDA soll es bedeutungslos sein, wie sich eine Gesellschaft ihren Staat organisiert. Wenn man die Bretton Woods Institutionen und deren Rolle in ihrem Verhältnis zu den Entwicklungsländern analysieren will, sollte man diesen Punkt beachten. Ich habe in einigen Diskussionen im Board der Weltbank darauf hingewiesen, daß Entscheidungen, die eine Veränderung der wirtschaftlichen Strukturen oder auch deren Beibehaltung bedeuten können, immer auch vor einem politischen Hintergrund ablaufen und von politischen Machtverhältnissen abhängen. Nach meiner Beobachtung kommt es häufig zu Mißverständnissen in Bezug auf diese Bestimmung der Satzungen, die offensichtlich bedeutungslos wäre, wenn sie so interpretiert wird, daß Weltbankprojekte keine Veränderung und/oder Verbesserung der wirtschaftlichen Strukturen in einem Land herbeiführen dürften; mit dem Potential zur Veränderung der wirtschaftlichen Strukturen ist jedenfalls auch die Möglichkeit der Verschiebung wirtschaftspolitischer Machtverhältnisse eröffnet. Dieses „Mißverständnis“ spielt nicht so sehr beim Management oder bei den Weltbankangestellten eine Rolle, sondern vielmehr bei den Vertretern der Anteilsinhaber, also den Regierungen der Mitgliedsländer. Es gab wiederholt Diskussionen zu einem Thema der Weltbankpolitik, in denen das Argument auftauchte, daß die Bank zu weit gehe, wenn sie bestimmte Aspekte des öffentlichen Sektors in ihrer Projektgestaltung berücksichtige; das ging durchaus soweit, daß Fragen, die mit dem Umgang mit öffentlichen Geldern (Korruption etc.) zu tun hatten, von manchen als unzulässig angesehen wurden. Dem ist meines Erachtens entgegenzuhalten, daß es selbstverständlich sein sollte, daß derartige, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes und seiner Bevölkerung tangierende Fragestellungen in einer Bankpolitik, die auf dauerhafte soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Mitgliedsländer gerichtet ist, Berücksichtigung finden. Es muß jedoch auch festgestellt werden, daß solche Kriterien nicht in allen Fällen (= Ländern) mit vergleichbarer Konsequenz in der konkreten Umsetzung der Bankpolitik angewendet wurden. Wäre das nämlich in den letzten Jahrzehnten, insbesondere vor 1989, der Fall gewesen, wären viele der gegenwärtigen Probleme in den Staaten der Dritten Welt vermeidbar gewesen und die Weltbank hätte ihrerseits geringere Argumentationsprobleme, insbesondere im Zusammenhang mit den in den letzten 15 bis 20 Jahren in vielen Entwicklungsländern umgesetzten Strukturanpassungsprogrammen.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf einen weiteren Aspekt hinweisen, in dem ich die Ursache für eine Reihe von Fehlern sehe, die von der Weltbank gemacht wurden: die Bretton Woods Institutionen sind sehr stark davon geprägt, theoretisch als richtig erkannte Lösungsansätze in die Praxis umzusetzen. Dabei wird kaum berücksichtigt, in welchem Umfeld ein Projekt oder die in einem Konditionenkatalog vorgesehenen Maßnahmen umzusetzen sind und welche Auswirkungen sich daraus ergeben. Es blieb in vielen Fällen nahezu unberücksichtigt, daß bestimmte Maßnahmen in einem Umfeld, in dem die erforderlichen politischen, rechtlichen oder institutionellen Rahmen-

bedingungen oder eine Kombination dieser Faktoren nicht gegeben sind, zu Ergebnissen führen, die hinsichtlich ihrer sozialpolitischen und/oder umweltpolitischen Auswirkungen geradezu als unverantwortlich betrachtet werden müssen. Zu erklären – nicht zu entschuldigen – sind solche Phänomene nur damit, daß sich die jeweils verantwortlichen Projektmanager nur mit dem sie unmittelbar betreffenden Ausschnitt des sozialen und wirtschaftlichen Umfeldes eines Landes auseinandersetzen und darüber hinausführende Auswirkungen eines konkreten Projektes ungeprüft ließen (z.B. Straßenbauprojekt im Nordosten Brasiliens mit verheerenden Folgen für die Umwelt und die sozialen Strukturen in den betroffenen Gegenden).

3. Internationale Institutionen, auch die Internationalen Finanzinstitutionen wie die Weltbank oder der Internationale Währungsfonds arbeiten in einem vielschichtigen globalen Spannungsfeld, in dem sowohl die Interessen verschiedener Länder als auch die Interessen der gesellschaftlichen Gruppen in einem Land, in dem diese Institutionen tätig sind, aufeinandertreffen. Man muß bei einer Kritik der Internationalen Finanzinstitutionen daher auch berücksichtigen, daß deren Politik von den Anteilseignern mitentwickelt und zu verantworten ist. Anteilseigner sind die Mitgliedsländer. Die treuhändige Anteilsverwaltung für die Länder erfolgt durch die Regierung bzw. den von der Regierung bestimmten Gouverneur (bei der Weltbank in der Regel der Finanzminister) sowie durch die von den Gouverneuren entweder ernannten oder gewählten Exekutivdirektoren. Dadurch scheint sichergestellt, daß auf der Ebene nationaler Interessen der status quo bewahrt wird, denn es bedarf schon außerordentlicher Situationen, um bei Entscheidungen, die sich auf die Vergabepolitik der Internationalen Finanzinstitutionen beziehen, über den Schatten dieser Interessenlage zu springen. Daher stellt sich für mich die Frage, ob und in welchem Ausmaß politische Konditionalität moralisch vertretbar ist, nicht auf der Ebene der Internationalen Finanzinstitutionen, sondern auf der Ebene der Anteilseigner.

Die Frage ist letztlich, ob und wie weit Weltbank und Internationaler Währungsfonds losgelöst von den Interessen der Anteilseigner agieren können. Insbesondere in Bezug auf das südliche Afrika, wo die Weltbank im wesentlichen Mittel vergibt, die sie vorher von den traditionellen Geberländern erhalten hat, wird deutlich, daß die Weltbank ein Spiegelbild der bestehenden Interessenlage abgibt. In den Wiederauffüllungsverhandlungen für die Internationale Entwicklungsorganisation IDA – ich habe die Verhandlungen zur 10. und 11. Wiederauffüllung sehr genau mitverfolgt – werden von den Geberländern sehr klare Vorgaben gemacht. Diese Vorgaben und Bedingungen werden unmittelbar mit der Zahlungsbereitschaft der Geber verknüpft, sodaß hier schon die Basis für die spätere Konditionalität gelegt ist. Am Rande sei angemerkt, daß es besonders geschickten und einflußreichen Geberländern sogar gelingt, früher eingegangene Zahlungsverpflichtungen vor deren Erfüllung mit weiteren spezifischen Forderungen zu verknüpfen. Diese Vorgangsweise führte bei der letzten Wiederauffüllung beinahe dazu, daß die Wiederauffüllung gescheitert wäre,

wenn nicht eine Notlösung der übrigen Geberländer für die Überbrückung der Schwierigkeiten gefunden worden wäre.

Wenn man noch jene Beträge mitberücksichtigt, die von Geberländern in ihren bilateralen Programmen in eine ganze Reihe von Entwicklungsländern fließen und diese mit dem Volumen der Weltbankkredite vergleicht, wird klar, daß sich die Weltbank möglicherweise der Komplizenschaft schuldig macht, daß diese Organisation jedoch keineswegs Einzeltäter oder gar als treibende Kraft zur Umsetzung der als fehlerhaft angesehenen wirtschaftlichen Politik vieler Länder angesehen werden kann. Letztlich betrifft die Frage, ob die Regierung eines Landes auch die Interessen der gesamten Bevölkerung dieses Landes wahrnimmt bzw. welche Interessen von einzelnen Regierungen tatsächlich vertreten werden, nicht nur die Entwicklungsländer, sondern auch die Industrieländern.

Ich habe durchaus Verständnis für die These von W. Schicho, wonach das Ende der Entwicklungstheorie nichts anderes als die tiefe und endgültige Verneinung vor dem einzig dominierenden Konzept einer neoliberalen Mafia sei²; abgesehen davon, daß ich in Zweifel ziehe, ob und wenn ja, welche „Entwicklungstheorie“ am Ende ist, bleibt die Frage offen, woran es liegt, daß diese neoliberale Mafia sich soweit entwickeln konnte, daß sie allein noch die Mittel hat, „Entwicklung“ zu finanzieren, während in den öffentlichen Haushalten der Industrieländer die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit erheblich gekürzt werden. Darüber hinaus wird man erst in Zukunft beurteilen können, worin sich die Folgen dieser Entwicklung in Afrika von jenen Folgewirkungen unterscheiden, denen sich, wenn auch auf deutlich anderem Niveau, westliche Industriegesellschaften durch das Vordringen neoliberaler Wirtschaftskonzepte zunehmend ausgesetzt sehen.

4. So gesehen, ist es nicht wirklich überraschend, daß die Vertreter des neoliberalen Lagers die Industriestaaten und das internationale Kapital von jeder Schuld an der Unterentwicklung der afrikanischen Gesellschaften freisprechen. Meines Erachtens verfolgt diese Art von Freispruch lediglich den Zweck, die formale Unabhängigkeit der Entwicklungsländer in den Vordergrund zu rücken und die realen Verflechtungen mit den Interessen der Industrieländer zu verschleiern; daher halte ich diesen Freispruch für unzulässig. Darüberhinaus führt er dazu, daß Fehler der Vergangenheit nicht analysiert und daher mit großer Wahrscheinlichkeit wiederholt werden. Ich glaube übrigens, daß man die Diskussion über den Staat und die zivile Gesellschaft und die ökonomischen Rahmenbedingungen und Wechselwirkungen auf einer viel besseren Informationsbasis als bisher führen könnte; es mag zynisch klingen, aber davon ausgehend, daß in einer Reihe von Fällen, zuletzt sehr drastisch in Ruanda, das gesellschaftliche Gefüge des Landes durch Bürgerkrieg praktisch vollkommen

2 Schicho, Walter: Mythos Zivilgesellschaft: Die „Dritte Kolonisierung“ Afrikas. In: Kolland, F., E. Pilz, A. Schedler, W. Schicho (Hrsg.): Staat und zivile Gesellschaft. Brandes & Apsel/Südwind, Frankfurt a.M./Wien 1996, S. 114.

zerstört wurde, sollte man die Vorgänge, die zu diesem Zerfall des Landes mit seinen tragischen Konsequenzen für eine Unzahl von Menschen geführt haben, analysieren. Die Querverbindungen zwischen wirtschaftlichen und politischen Machtstrukturen sowohl in den Ländern selbst als auch dieser Länder mit der Außenwelt, mit all ihren verhängnisvollen Auswirkungen sollten herausgearbeitet werden. Es wird sicher nicht so sein, daß es eine einzige Ursache für dieses oder vergleichbare Ereignisse in anderen Ländern gibt; dennoch wäre das eine Chance, sowohl die Fehler aufzuzeigen, die in diesen Ländern „hausgemacht“ sind, als auch jene Fehler darzustellen, die „von außen“ gemacht wurden und die in ihrem gemeinsamen Zusammenwirken letztlich zur Katastrophe führten.

5. Was sind die Perspektiven für eine positive Entwicklung in den Staaten der Dritten Welt? Ich bin der Meinung, daß sich der Neoliberalismus, verbunden mit nahezu unerträglich hohen Kosten für weite Teile der Weltbevölkerung, „totlaufen“ und von anderen Wirtschaftstheorien abgelöst werden wird. Auch die politischen und wirtschaftlichen Machthaber in den Industrieländern werden früher oder später feststellen, daß sie daran mitwirken, sich in der gegenwärtigen Konstellation den Boden unter den Füßen wegzuziehen³. Damit meine ich, daß die Problemlösungskapazität nationaler Regierungen und damit deren Legitimierung durch das schiere Volumen der internationalen Kapitalströme zunehmend untergraben wird (der steigende Zulauf zu Vertretern populistischer, weil einfacher Problemlösungen kann als Indiz dafür angesehen werden). Beispielsweise ist unbestritten, daß die langfristige Konkurrenzfähigkeit nationaler Volkswirtschaften vom Bildungs- und Ausbildungsniveau der Bevölkerung des Landes abhängig ist; die derzeitigen wirtschaftspolitischen Sachzwänge, insbesondere der Druck auf die öffentlichen Haushalte, führen jedoch dazu, daß diesem Instrument zur Verbesserung der nationalen Konkurrenzfähigkeit durch drastische Sparmaßnahmen bei den öffentlichen Haushalten die Mittel entzogen werden – mit äußerst brisanten Umverteilungseffekten. Insbesondere die Vertreter des Neoliberalismus bestreiten in diesem Zusammenhang die Problemlösungskompetenz staatlicher Stellen, entziehen dem Staat die finanziellen Mittel durch entsprechende Steuersenkungen und fordern die „zivile Gesellschaft“ auf, sich um die Lösung dieser Probleme zu kümmern (siehe oben).

6. Im Laufe der letzten Jahre wird im Rahmen von Weltbankprojekten zunehmend „Investment in people“, mit dem der ganze Bereich einer besseren Versorgung der Bevölkerung mit den für diese wichtigen sozialen Dienstleistungen umschrieben wird, in den Vordergrund gestellt. Man kann der Weltbank natürlich auch in diesem Zusammenhang grundsätzlich bösen Willen unterstellen, sogar dort, wo sie versucht, durch diese verstärkte Fokussierung ihrer Arbeit

3 Die politischen Entwicklungen im Laufe des Jahres 1997 innerhalb der EU – Wahlergebnisse in Großbritannien und Frankreich, verstärkte Bemühungen um Initiativen zur Schaffung von Arbeit – scheinen diese im Vorjahr gemachte Behauptung schneller als erwartet zu bestätigen.

auf die Regierten, im Gegensatz zu den Regierenden, bessere Lebensbedingungen für die unterprivilegierten Teile der Bevölkerung zu schaffen. In diesem Zusammenhang wirft W. Schicho die Frage auf, warum gerade die einfachen Leute, die von den Strukturanpassungsprogrammen kurz- und mittelfristig am meisten geschädigt werden, die „Karre aus dem Dreck ziehen“ sollen?⁴ Meine Antwort darauf wäre, daß es unbestreitbar ist, daß die Forderung nach einem besseren Ausgleich zwischen Regierenden und Regierten, nahezu identisch mit den Mächtigen und den Machtlosen, sehr berechtigt ist. Gelingt dies nämlich nicht rasch und tiefgehend genug, muß es angesichts der Tatsache, daß der Staat in seinem freibeuterischen Charakter seine Möglichkeiten bei der Abschöpfung des ökonomischen Mehrwerts völlig ausschöpfte und die Grenzen überschritt, zu Katastrophensituationen wie in Ruanda oder Liberia kommen. Die Einschätzung, ob die Armen damit am Ende besser dran sind, wird davon abhängen, ob man an evolutionäre oder an revolutionäre Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse glaubt. Im übrigen gibt es ja auch Beispiele für ausbeuterische Staatsgebilde, von denen sich die internationalen Institutionen weitgehend distanziert haben, ohne daß dies den Menschen in jenen Ländern, wie z.B. Sudan, wirklich genützt hätte.

Ich halte es für unbestreitbar, daß bessere Bildung und Ausbildung, sowie Zugang zu Information, vielleicht auch bessere materielle Versorgung der Menschen bei diesen zu einer Veränderung des Bewußtseins führen muß. Damit könnte gewissermaßen eine Eigendynamik ausgelöst werden, die es den derzeit Regierten ermöglichen sollte, mit einem höheren Grad von Unabhängigkeit ihr Recht auf Selbstbestimmung tatsächlich wahrzunehmen und sowohl die ausbeuterische Tendenz der beherrschenden Klasse als auch die Rolle ausländischer Ratgeber, von wem immer finanziert, zurückzudrängen.

7. Abschließend noch ein Gedanke zu den verschiedenen Bemühungen um Schuldenreduktion, einschließlich der Initiative zu einer Multilateralen Schuldenreduktion: Wenn es stimmt, daß die westliche Entwicklungshilfe mitverantwortlich war für die Aufrechterhaltung ineffizienter staatlicher Institutionen und das Fortdauern ökonomischer Krisen, dann stellt sich die in den letzten Jahren verstärkt geführte Diskussion um die Verschuldung bzw. die Reduktion der Schuldenlast der hochverschuldeten armen Länder in einem etwas anderen Licht dar. Läßt man nämlich alle anderen Faktoren unverändert, dann wird eine Schuldenreduktion letztlich nur eine weitere Runde in der Ausbeutung der Unterprivilegierten durch die in diesen Ländern herrschenden Klassen in Verbindung mit einer sehr komfortablen Lastenverteilung innerhalb der Gebergemeinschaft zugunsten der ehemaligen Kolonialmächte ermöglichen. Insofern ist es doppelt wichtig, die Fehler und die Folgen der Entwicklungspolitik der vergangenen Jahrzehnte sorgfältig zu untersuchen, um bei der Umsetzung der sehr wichtigen Programme zur Schuldenreduktion eine Wiederholung der

Fehler der Vergangenheit und eine damit verbundene, weitere drastische Verschlechterung der Lebensbedingungen von Milliarden von Menschen zu vermeiden.

Abstract

This article gives an overview about the framework within which the Bretton Woods Institutions, in particular the World Bank, are operating, according to the experience of the author. Particularly, it takes into account the shift in emphasis towards organizations of the so called „Civil Society“ to fulfill obligations of a society and the demand for a reduction of the role of state institutions. This trend has gained momentum especially after the breakdown of the communist regimes after 1989, and it takes place in the context of the increasing importance attached to neoliberal ideas and the globalisation of the economy. The author believes that this development has serious negative consequences for the cohesion of societies living together in the framework of national states.

Dieser Beitrag versucht, einen Überblick über die Rahmenbedingungen zu geben, unter denen die Bretton Woods Institutionen, insbesondere die Weltbank, nach den Erfahrungen des Autors operieren. Dieser Überblick nimmt besonderen Bezug auf die intensiver werdenden Forderungen nach stärkerer Einbeziehung von Organisationen der „Zivilen Gesellschaft“ bei der Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben und die damit verbundene Zurückdrängung staatlicher Einrichtungen und Organisationen. Vor allem seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Regierungen nach 1989 hat diese Umorientierung bei der Neuverteilung der Rollen zwischen den staatlichen Einrichtungen bzw. der Zivilen Gesellschaft stark an Bedeutung gewonnen. Diese Zurückdrängung staatlicher Einrichtungen geht vor dem Hintergrund des immer weiter vordringenden neoliberalen Gedankenguts und der Globalisierung der Wirtschaft vor sich und hat, nach Auffassung des Autors, negative Auswirkungen auf den Zusammenhalt der in Nationalstaaten zusammenlebenden Gesellschaften.

Walter Rill, Seuttergasse 19/8, A-1130 Wien

⁴ Schicho 1996, S. 105.